

**Antrag 231/I/2020****KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme Antrag 144/I/2020 (Konsens)****Yas Tutuyoruz, Em Xemgîn – Konsequenzen aus den rassistischen Morden von Hanau ziehen!**

1 Die Morde von Hanau lassen uns auch mehrere Wochen  
 2 nach dem Tattag schockiert zurück. Wir trauern und neh-  
 3 men Anteil an dem Schicksal der betroffenen Familien und  
 4 Communitys. Politisch sind wir es den Opfern - Ferhat Un-  
 5 var, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüç, Gökhan Gültekin,  
 6 Hamza Kurtovi, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Pun, Said Nesar  
 7 Hashemi und Fatih Saraçolu – schuldig, alles dafür zu tun,  
 8 weitere rechtsterroristische Gewaltakte zu verhindern. Es  
 9 kann nicht sein, dass der deutsche Staat immer und im-  
 10 mer wieder darin versagt, seine eigenen und ausländi-  
 11 sche Bürger\*innen vor rassistischen Angriffen zu schüt-  
 12 zen. Aus dem Versagen der staatlichen Sicherheits- und  
 13 Ordnungsbehörden müssen Konsequenzen folgen. Es ist  
 14 für uns weder nachvollziehbar, dass ein behördenbekann-  
 15 ter Anhänger eines zutiefst rassistischen und verschwö-  
 16 rungstheoretischen Weltbildes legal im Besitz von Schuss-  
 17 waffen sein darf und zudem relativ kurz vor der Tat ei-  
 18 ner ergebnislosen Routineüberprüfung unterzogen wird,  
 19 noch ist es entschuldbar, dass auch 10 Jahre nach dem NSU  
 20 die Gefahr durch rechten Terror von den Behörden weiter-  
 21 hin unterschätzt wird und nicht genug Ressourcen in sei-  
 22 ne Bekämpfung fließen.

23

24 Das Anschlagziel von Hanau ist kein Zufall. Die mess-  
 25 bare Verschiebung des demokratischen Diskurses, vor al-  
 26 lem durch Aussagen und Handlungen prominenter Poli-  
 27 tiker\*innen, verschieben die Grenze des „Sagbaren“ im-  
 28 mer wieder und führen damit zu einer entsprechenden  
 29 Antizipation und Sichtweise über die gesprochenen Per-  
 30 sonen und Gruppen im politischen Diskurs und auch in  
 31 der Bevölkerung. Ein Beispiel ist die Aussage Horst Seeho-  
 32 fers während einer Pressekonferenz zur Präsentation sei-  
 33 nes Masterplans Migration, an dem gleichzeitig sein Ge-  
 34 burtstag war, bei dem er witzelnd sagte, dass er sich die 69  
 35 just an diesem Tag abgeschobenen Afghanen nicht zum  
 36 Geburtstag gewünscht hätte. Dabei entsteht das Narrativ,  
 37 dass Flüchtlinge aus Afghanistan ein lästiges Problem sei-  
 38 en und deren Abschiebung ein willkommenes Geschenk.  
 39 Das ist nach wissenschaftlichen Untersuchungen gefähr-  
 40 lich für diejenigen gesellschaftlichen Gruppen (oder auch  
 41 die Orte, an denen sich diese gesellschaftlichen Gruppen  
 42 tendenziell öfter aufhalten), die durch diese Diskursver-  
 43 schiebung mit einem negativen Stigma behaftet werden  
 44 und damit leichter zum Hassobjekt von radikalisierten  
 45 rechten Täter\*innen werden können.

46

47 Gleichzeitig haben Medien und politisch Verantwortliche

48 in der Vergangenheit mit ihrer Berichterstattung bzw. mit  
49 öffentlichen Aussagen dazu beigetragen, Shisha-Bars als  
50 kriminalitätsbelastete Orte zu stigmatisieren und pau-  
51 schal mit sogenannter „Clankriminalität“ in Verbindung  
52 zu bringen. Dahinter verbirgt sich im Kern Rassismus und  
53 diesem stellen wir uns entschieden entgegen.

54

55 Wir fordern deshalb

- 56 • eine Verschärfung des Waffenrechts in der Gestalt,  
57 dass Schusswaffen, die für das Töten oder Verletzen  
58 von Menschen hergestellt werden, nicht länger legal  
59 als Sportwaffen besessen, benutzt oder vertrieben  
60 werden dürfen. Von diesem Verbot ausgenommen  
61 sind Sportschusswaffen, die durch Modifikation an  
62 der Munition oder Waffe eine wesentlich geringere  
63 Gefährlichkeit für Menschen aufweisen,
- 64 • die Einführung eines zentralen Registers für Sport-  
65 schütz\*innen, auf das alle Bundes- und Landesbe-  
66 hörden Zugriff haben sowie die Verpflichtung, bei  
67 Sachverhalten, die sich auf die Zuverlässigkeit ei-  
68 ner Person im Sinne des Waffengesetzes auswirken  
69 könnten, einen Abgleich mit der Datei vorzuneh-  
70 men,
- 71 • die Verpflichtung sämtlicher Bundes- und Landes-  
72 behörden dazu, relevante Erkenntnisse über Sport-  
73 schütz\*innen unverzüglich an die für die Ausstel-  
74 lung der Waffenbesitzkarte zuständigen Behörden  
75 zu melden,
- 76 • eine verstärkte Sensibilisierung von Behördenmitar-  
77 beiter\*innen im Umgang mit Bürger\*innen, welche  
78 Verschwörungstheorien und Anzeichen eines rassis-  
79 tischen Weltbildes äußern,
- 80 • die Kontrollmaßnahmen gegenüber Inhaber\*innen  
81 einer Waffenbesitzkarte kritisch zu evaluieren und  
82 gegebenenfalls zu intensivieren,
- 83 • bei den Staatsanwaltschaften Abteilungen für die  
84 Verfolgung von rechtsterroristisch bzw. rechts mo-  
85 tivierten Straftaten einzurichten und sie finanziell  
86 und personell mit adäquaten Mitteln auszustatten,  
87 bei der Polizei und bei den Ordnungsbehörden verpflich-  
88 tende Schulungen zu interkultureller Kompetenz anzubie-  
89 ten.